

Gemeinde klagt gegen Genehmigung

Zwei Windräder in Kalbach

HEUBACH

Nachdem in Kalbach zwei Windräder genehmigt worden sind, will die Gemeinde Details wissen. Mit einer Klage gegen den Genehmigungsbescheid will sie Akten einsehen können. Die Gemeindevertretung gab dafür grünes Licht.

Wie Bürgermeister Florian Hölzer (parteilos) Abgeordneten und mehr als 150 Zuschauern sagte, ist die Einsicht in die Akten des Genehmigungsverfahrens beim RP „nur mit einer Klage“ gegen den Genehmigungsbescheid für die beiden Windräder bei Heubach möglich. Eine Einsicht sei vor Klageerhebung nicht möglich. Ein Mandat zu klagen wolle jedoch nicht der Vorstand allein erteilen, sondern die Gemeindevertretung. Alle 31 Abgeordneten stimmten dafür.

Mit der Klageerhebung sind 5000 Euro Anwaltskosten verbunden. Weitere Risiken bestünden nicht. „Wir wollen nur schauen“, sagte Hölzer und verwies darauf, dass es der Gemeinde zustünde, die Unterlagen zu studieren und zu bewerten, ob Rechtsgüter ausreichend abgewogen und berücksichtigt worden seien. Die Alternative sei, „kampflös das Thema herzuge-

ben“. Würde die Klage nach Einsicht der Unterlagen weiter verfolgt, „wird es richtig teuer“. Der Klagewert einer Windkraftanlage betrage 60 000 Euro. Ob Kalbach den weiteren Rechtsweg beschreitet, ist offen.

BfK-Fraktionssprecher Martin Müller sagte, dass mit dem Schritt „jegliche Widerspruchsmöglichkeit“ gewahrt werde. SPD-Fraktionssprecher Gerhard Müller verwies darauf, dass „wir wissen wollen, ob Natur und Mensch benachteiligt sind“ und „ob unsere Gesichtspunkte in der Genehmigung berücksichtigt sind“. Er kritisierte zugleich, dass es „zwei Messlatten“ gebe, wenn einerseits der Gemeinde die Ausweisung von Bauplätzen versagt, zugleich Windräder von privaten Investoren genehmigt würden.

Frank Riemer (CDU) sprach einen weiteren Aspekt an: Nachdem sich die Kalbacher Energiegenossenschaft wegen massiver Kritik in der Bevölkerung zurückgezogen habe, sei das Thema Windräder dennoch „nicht vom Tisch“. Nun habe sich ein Investor gefunden, der den Windradbau ohne Bürger forciert habe. „Von der Gemeinde her haben wir nun wenig Einfluss“, sagte Riemer. Mit Blick auf die mögliche Klage sagte er, es müsse „alles unternommen werden, um Bürger zu schützen“. nz